

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 19898. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 8.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Beitrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die jährige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Ein Riesenkampf.

Es ist kein Zweifel mehr: im Baugewerbe steht der Krieg bevor. Ein Riesenkampf, der wenigstens 400 000 Arbeiter direkt in Mitleidenschaft ziehen wird. Gestern haben die in Berlin tagenden Verbandstage der Maurer und Bauhilfsarbeiter, der Zimmerer sowie der christlichen Organisationen beschlossen, das ihnen von den Unternehmerorganisationen vorgelegte Ultimatum abzulehnen: das ist der Krieg. Bis zum 8. April soll dieser Beschluß den Unternehmern offiziell mitgeteilt werden. Die eigentliche am 1. April ablaufenden Tarifverträge sind bis zum 15. verlängert worden. Am 16. sollen die Aussperrungen beginnen.

Einen Kampf wie diesen hat bisher Deutschland nicht gesehen. Wo sind die Zeiten hin, wo der gewerkschaftliche Kampf in kleinen lokalen Streiks und Lohnbewegungen sich betätigte, wo bereits eine Bewegung, die 1000 Arbeiter umfaßte, als ein großer Feldzug bestaunt und bewundert wurde? Jetzt handelt es sich um Riesenkämpfe im nationalen Rahmen, nicht Hunderte, nicht Tausende, nein Hunderttausende von Arbeitern sind in ihm verwickelt, die mit ihren Angehörigen mehr als eine Million Menschen betragen werden. Eine Erschütterung schwerster Art geht durch den gesamten Wirtschaftskörper. Ein ganzes Gewerbe, von der überragenden Bedeutung des Baugewerbes, soll ausgeschaltet, soll zum Stillstand gebracht werden, in Hunderttausende von Proletarierfamilien, bei denen Schmalhans der gewohnte Küchenmeister ist, soll jetzt die krasse Not der Aussperrung ihren fürchterlichen Einzug halten.

Und warum? — Nun, aus denselben Gründen, denen im kapitalistischen Staat überhaupt die Not entspringt. Das Unternehmertum will seinen Arbeitsklaven den sozialen Aufstieg künstlich verammeln. Die Unternehmer im Baugewerbe haben den Arbeitern ein Vertragsmuster vorgelegt, von dem der Genosse Bömelburg allerdings mit Recht sagen konnte, daß es eine Schande wäre, wenn die Arbeiter ihm zustimmen wollten. So vor allem die Forderung, daß die Tarifverträge zwischen den Zentralvorständen der beiderseitigen Organisationen abgeschlossen werden. Die Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten, durch die ein Tarifvertrag überhaupt erst lebensfähig wird, soll hiermit künstlich erdrückt werden. Ebenso unannehmbar ist das Verlangen, Durchschnitts- oder Staffellöhne festzulegen, sowie die Löhne nur an sogenannte „tüchtige“ Gehilfen zu zahlen, wobei selbstredend die Entscheidung darüber, wer ein „tüchtiger“ Gehilfe ist, völlig dem Unternehmer freisteht. Als völlig undisputabel bezeichnet die angenommene Resolution die Vorschläge der Unternehmer über Akkordarbeit und Arbeitsnachweis. Hier sollen die Arbeiterorganisationen jedes Einflusses auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen beraubt werden. Besonders wichtig aber ist der folgende Passus der Resolution:

Schließlich müssen die Verbandstage unter allen Umständen darauf bestehen, daß der Arbeitgeberbund seine zwar außerhalb des Vertragsmusters, aber damit im Zusammenhang stehenden Beschlüsse über Lohnhöhe und Arbeitszeit aufhebt. Den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter ist es unmöglich, Verträge einzugehen oder überhaupt über ein Vertragsmuster zu verhandeln, wenn nicht zuvor die Bahn frei gemacht ist für die Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden, zunächst in den großstädtischen Arbeitsgebieten, wo es eine unabwiesbare Notwendigkeit ist, und wenn ferner nicht eine vorherige Verständigung darüber erzielt wird, daß die Löhne den teureren Lebensverhältnissen entsprechend aufgebessert werden sollen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit und eine entsprechende Erhöhung der Löhne, das waren die Punkte, an denen sich schon vor einigen Jahren im Berliner Baugewerbe der Streit entzündete. Damals drangen die Arbeiter nicht durch. Das hat sie aber nicht verhindert, diese Forderung hier mit allem Nachdruck noch einmal anzukündigen und so ihren unerschütterlichen Beschluß zu dokumentieren, für diese so unendlich wichtige Forderung mit Zähigkeit weiterzukämpfen.

So handelt es sich in diesem Riesenkampf schließlich wieder nur um den alten Kampf, um dasselbe Recht, das im kapitalistischen System dem Arbeiter grundsätzlich verweigert wird, und das er sich um Lebens und um Sterbens willen erobern muß, koste es, was es wolle, den Kampf um die Organisation. Freilich, so waldburpränglich wie einst in seinen Flegeljahren ist jetzt das deutsche Unternehmertum nicht mehr, daß es den Arbeitern die Zugehörigkeit zur Organisation überhaupt verbieten wollte. Das wäre jetzt eine Donquichotterie. Aber man hofft, auf krummen Wege zu dem gleichen Ziele zu gelangen. Man will die Organisationen aushöhlen, sie jedes Einflusses auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages berauben, und sie aus kräftigen Kampforganisationen des Proletariats zu Schandbedeln kapitalistischer Unternehmerwillkür umwandeln. Freilich, man will Tarifverträge abschließen, denen die Zentralverbände der Arbeiter zustimmen sollen. Aber diese Billigung der Verträge durch die Arbeiterorganisationen hätte dann für die Unternehmer den großen Wert, die Empörung der organisierten Arbeiter über die skandalösen Bestimmungen dieser Verträge auf die Vorstände der Gewerkschaften abzuleiten, dadurch das gewerkschaftliche Leben stark zu erschüttern und so die stärkste Waffe der Arbeiter, ihre Organisation, bis zur Unbrauchbarkeit abzustumpfen. Auf diese durchsichtigen Manöver gab es nur eine Antwort: den Krieg! Ausdrücklich betonte man, daß man zu Verhandlungen jederzeit bereit sei und den Frieden im Baugewerbe auf dauerhafter Grundlage — soweit davon unter kapitalistischen Verhältnissen die Rede sein kann — zu errichten. Aber ebenso entschieden enthüllte man den durch und durch arbeitfeindlichen hinterhältigen Charakter des von den Unternehmern vorgelegten unannehmbaren Entwurfs.

Es versteht sich, daß die Vorstände der in Frage kommenden Organisationen sich des Ernstes dieses Beschlusses voll bewußt waren. Das bewies schon die einstimmige Annahme der von den Vorständen vorgeschlagenen außerordentlichen Maßregeln. Der erste Teil dieser Vorlage regelt die Mitgliederlegitimation und das Mitgliederverzeichnis; er bestimmt, daß zur Legitimation während des Streiks eine besondere Legitimationskarte an die Mitglieder verabsolgt wird. Der zweite Teil regelt die Beitragsleistung während der Lohnbewegung. Es ist darin ein Extrabeitrag vorgesehen, der, nach dem Stundenlohn bemessen, zwischen 30 bis 75 Pfg. pro Tag festsetzt. Von besonderer Bedeutung war die Abstimmung über die Streikunterstützung. Es wurde beschlossen, daß die Wartezeit für den Bezug der Unterstützung für alle Mitglieder 14 Tage betragen soll. Die Annahme dieses Beschlusses wurde mit Händeklatschen und Bravo von den Delegierten aufgenommen. Weiter sind in der Vorlage die Unterstützungssätze für verheiratete und ledige Mitglieder je nach der Verbandzugehörigkeit angegeben, die zwischen 10 bis 18 Mk. pro Woche betragen für Mitglieder, die schon vor dem 1. April 1909 Mitglieder des Verbandes waren. Die seit dieser Zeit Mitglieder sind, erhalten 8 bis 16 Mk. und die ab 1. April 1910 Beitretenden, erhalten 7 bis 12 Mk. Darauf wurde erklärt, daß die Angestellten des Verbandes einmütig beschlossen haben, für die ersten 14 Tage des Kampfes auf einen halben Monatsgehalt zu verzichten und für die übrige Zeit des Kampfes auf 25 Prozent ihres Gehalts.

So ist der Krieg gerüstet. An dem Ernst der Situation darf man sich durch die Meldungen einiger bürgerlicher Blätter nicht irre machen lassen. Ein Berliner Mittagsblatt verbreitet einige Nachrichten unter dem sentimentalen Titel: Friedensausichten im Baugewerbe, ein Titel, der bei den Bauarbeitern nicht geringes Gelächter erregte. Aus der einfachen Tatsache — die dem Blatte aus Unternehmertreibern zugegangen ist —, daß die Ber-

liner Bauunternehmer mit den Vertretern der Arbeiter eine Zusammenkunft haben wollen, Friedensausichten zu kombinieren, muß mehr als gewagt erscheinen. Es handelt sich hierbei vorläufig kaum um Verhandlungen. Wenn aber solche für Berlin stattfinden und wenn selbst — wovon noch gar keine Rede sein kann — in Berlin es zur Einigung käme, so ist damit noch lange keine Aussicht auf Frieden im Baugewerbe, weil viele andre Städte, und vor allem der ganze Süden und Westen des Reiches vor dem Kampf steht.

Bereits finden einige Vorpostengefechte statt. Die Unternehmer können anscheinend die Zeit nicht erwarten. Außer Kündigungen an verschiedenen Orten haben, wie wir bereits gestern meldeten, die Unternehmer in Nürnberg bereits 300 Maurer und 500 Bauhilfsarbeiter entlassen, was einen glatten Tarifbruch bedeutet.

Das gesamte deutsche Proletariat steht hinter den kämpfenden Bauarbeitern. Es weiß, es handelt sich nicht bloß um eine Sache der Bauarbeiter, es handelt sich um eine Arbeiterfrage schlechthin. Und der Geist brüderlicher Solidarität, der sich so häufig und so glänzend im deutschen Proletariat bewährt hat, er wird den kämpfenden Proletariern des Baugewerbes treu zur Seite stehen.

Die Tagungen der Arbeiterverbände. Gemeinjamc Tagung der Maurer und Bauhilfsarbeiter.

k. Berlin, 5. April 1910.

Den gemeinsamen Verbandstag der Maurer und Bauhilfsarbeiter eröffnete Reichstagsabgeordneter Bömelburg in Hamburg mit folgender Ansprache:

Mit Rücksicht darauf, daß vor einigen Monaten beide Verbände beschlossen haben, sich zu verschmelzen, haben wir es für richtig gehalten, daß jetzt, wo wir eine wichtige Entscheidung zu fällen haben, beide Bruderverbände, die in kurzer Zeit einen einheitlichen Namen haben, die Entscheidung in gemeinsamer Versammlung fällen. Ich brauche heute keine lange Eröffnungsrede zu halten, nur auf eins möchte ich die Delegierten aufmerksam machen: es gibt am heutigen Tage viele, viele Hunderttausende von Arbeitern des Baugewerbes, deren Gedanken hier bei uns sind. Mit Spannung wartet man der Dinge, die heute vielleicht in der Abendpresse von hier aus mitgeteilt werden. Ich glaube auch ohne Ueberhebung sagen zu können, daß man am meisten gespannt ist in den Kreisen der Unternehmer wie Arbeiter auf die Entscheidung, die gerade vor ir. hier zu fällen haben. Das möchte ich zu bedenken geben. Ich möchte die Delegierten bitten, daß sie sich des Ernstes der Situation bewußt sind in jeder Beziehung: daß, je einmütiger und geschlossener wir heute unsere Entscheidung fällen und je mehr die Versammlung befehle ist vom Geiste der Einigkeit und engsten Solidarität, desto schwerere Widerhall in den Kreisen der Arbeiter, desto schmerzlichere Enttäuschung in den Kreisen der Unternehmer wird dann unsere Tagung heute auslösen. (Bravo!)

Zur Leitung der Geschäfte wird das in Leipzig auf der gemeinsamen Tagung gebildete Bureau bestimmt. Die beiden Punkte der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Anträgen des Arbeitgeberbundes und Besondere Maßnahmen für die Lohnbewegungen werden zusammen behandelt. Referent ist Bömelburg. Er führte aus: Der den Organisationen der Bauarbeiter von dem Arbeitgeberbund überhandte endgültige Beschluß läßt nicht ganz genau erkennen, ob es sich dabei um eine einfache Willenserklärung handelt oder um eine wirklich endgültige Entscheidung. Auch das dem Beschluß beigefügte Begleit Schreiben ergibt das nicht klar. Wir müssen daher zunächst feststellen, um was es sich bei dem Beschluß eigentlich handelt. Die Feststellung ist sehr leicht, das, was wir von den Dingen wissen — und unsere Informationen sind sehr gut —, läßt erkennen, daß es sich bei dem Beschluß um einen letzten Vorschlag, um ein Ultimatum handelt. Der Beschluß der Unternehmer enthält die letzten äußersten Forderungen der Unternehmer mit der ausdrücklichen Erklärung: Die Ablehnung dieser Forderungen hat den Abschluß der Verhandlungen und die Kriegserklärung zur Folge. Diese Auffassung wird vor allen Dingen bestätigt durch diejenigen Personen, die auf der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes anwesend waren und uns über die Vorgänge dort unterrichteten. Nach dem, was der Zimmerer über die Verhandlungen der Arbeitgeber berichtet, ergibt sich ungewisselhaft, daß es sich bei dem Beschluß des Arbeitgeberbundes um ein Ultimatum handelt. Es ist weiter darauf hingewiesen worden, daß einer Ablehnung dieses Ultimatus die Aussperrung sofort auf dem Fuße folgt. Der Vorstand des Arbeitgeberbundes wird nach unseren Informationen in den nächsten Tagen, gleich nachdem ihm unsere Entscheidung zugegangen ist, zusammentreten und dann